

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsgesellschaft Dresdner Volkszeitung, Dresden, Br. 12/13.

Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Postgebühren monatlich 1,00.— M., durch die Post bezogen monatlich 1,00.— M., unter Bezugnahme für Deutschland monatlich 1,00.— M., Einzelnummer 5.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreise: die 9 gespaltenen Komparatortafeln 20.— M., 14.— M., die 3 gespaltenen Komparatortafeln 14.— M., die 2 gespaltenen Komparatortafeln 10.— M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechsellegung 3 M.

Nr. 214

Dresden, Mittwoch den 13. September 1922

33. Jahrg.

Wilhelm der Götliche oder Warum werden Lehrer nicht Sozialdemokraten?

Von Arthur Krast

In unserer Provinz erhebt sich zuweilen mißbilligend die Frage, warum namentlich jüngere Lehrer so wenig den Weg zur Sozialdemokratie finden. Zum großen Teil stammt der Lehrer doch aus den unteren Volksschichten. Die Allgemeinheit, besonders die Arbeiterschaft, ermüdet durch ihre Steuern eine verhältnismäßig billige Ausbildung. Warum fühlen sich so wenig verpflichtet, ihre ganze Persönlichkeit in den Dienst der Arbeiterschaft zu stellen, warum verlangen sie ihre Herkunft und lassen sich mißbrauchen zu Werkzeugen der Unterdrückung und Niederhaltung der sozial und kulturell ausstrebenden breiten Volksmassen? Die Antwort ist nur zu finden in der Drilling der Geister für überlebte Gedankenformen. Einen Witz in die Dressierkammer! Aber bitte, nicht lachen!

Könnte ich da neulich zu einem jungen Lehrer, der eben sein zweites Staatsexamen machen will und tüchtig „büffelt“ oder „schst“, wie der Hochschüler lautet. Er hat sich an einen Seminarlehrer gewandt mit der Bitte, ihm doch Bücher zum Studium für seine bevorstehende Prüfung zu empfehlen. Auf dessen Rat kaufte er sich: „Das deutsche Erziehungsziel in seiner geschichtlichen Entwicklung“, Verlag Julius Klinkhardt, 1916. Der Verfasser, Dr. Schneider, widmet sein Buch seinem geklügelten ersten Lehrer in Geschichte der Pädagogik, Herrn Oberlehrer Schneider, Ritter u. w., 1886 bis 1911. Einmaliger Seminardirektor in Annaberg, sein Buch, das er in Hildesheim am Seminar geschrieben, wo er als Lehrer fungierte, nachdem er seine Stellung als Direktor des evangelischen Lehrerseminars in Lodz vermisst durch den Krieg eingebüßt hat. Er ist also auf einem tüchtigen Seminar erzogen und ausgebildet auf einem tüchtigen Seminar lehrte, wenn man so sagen dürfte. Das genannte Buch selbst soll nach den Worten des Verfassers „nach Paul Boncompagni'scher Methode als Reifeprüfung der besten Grundergebnisse aus den fünf Kulturphasen in der deutschen Geschichte überhaupt“ dargestellt sein.

Was es wird sicher ein bedeutendes wissenschaftliches Werk sein, denke ich, und dürfte zunächst im Anhang: „Verlauf einer graphischen Chronologie der deutschen Kulturträger seit 1438.“ Da finde ich folgenden Inhalt der Kulturträger: 1877—1914 der Schriftsteller Hans von Hoffensthal, der Schriftsteller Hermann Giese, 1878 der Dichter Karl Vollmüller, 1882—1915 der Kapitänleutnant Otto Weidinger — der Großherzog Adolf Friedrich V. von Mecklenburg-Strelitz; der Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin; der Philosoph und Pädagog Eduard Spranger; der Führer der 5. Armee Kronprinz Wilhelm, 1883—1914 Karl Wolf von Schaumburg-Dippe; der Prinz Ernst Friedrich von Preußen; 1884—1914 der Graf Ernst von Sachsen-Rothburg; 1886—1914 die Kronprinzessin des Deutschen Reichs und von Preußen Cecilie, 1887—1914 der Herzog Ernst August von Braunschweig; der Großherzog-Thronfolger Karl Franz Joseph von Österreich, 1890—1918 der Kaiser-Oberkammerherr Max Damesmann.

Dann schließt die Reihe der Kulturträger Deutschlands. Man kann sich denken, daß mich diese Entdeckung höchst überrascht hat und mein Interesse für das „Werk“ noch kompromittierter Methode“ aufs lebhafteste erregte. Da finde ich folgenden nachvollziehbaren Satz: „Suchen wir aber zum Schluß nach all den Abstraktionen eine lebenswarme Verkörperung des deutschen Persönlichkeitsideals der Gegenwart und nächsten Zukunft, wo anders werden unsre Mäde und Gedanken haften als an der in der Zeit langen Friedens wie in der Zeit des Krieges gleich eblen und erhabenen Gestalt unsers Kaisers, Wilhelms des Götlichen.“ (Gepernt im Buche selbst.)

Wenn man dem Verfasser alle mildernden Umstände als Verteidiger reflexlos gewöhren will, wenn man Kriegsschuld u. w. in Rechnung stellt, so ist doch alles nicht imstande, um einen betätigten Schmarz zu entwickeln. Was als höchstes Erziehungsziel die Gestalt Wilhelms des Götlichen! Und so etwas will Lehrer erziehen!

Man könnte lächelnd über die ganze Sache weggehen, wenn sie nicht so tief bedauerlich wäre, denn sie gibt uns einen Einblick in die Ideologie vieler, die sich heute noch für berufene halten, Jugendbildner zu erziehen. Am Frankfurter Seminar empfahl in der Religionskunde der Lehrer seinen Schülern „Dinter, die Sünde wider das Blut“ zur Lektüre, und heute noch macht sich bezeichnenderweise in Lehrerkreisen ein angsterregender Antikritikismus breit. In Wiesbaden lachen die Seminaristen, wenn der Direktor Verordnungen vom Kultusministerium verliest. So steht es heute noch auch! Nicht ein Lehrereigenschaft wächst auf, das in die Zukunft sieht, sondern eines, dem die Kräfte künstlich und rückwärts gedrückt werden. Vollig lebensfremd, mit dem verblühten Universitätsgeist ein Jahr wie das andre aufgewandelt, so daß man sich vom älteren Schüler nur das Geht zum Nachdenken zu borgen braucht, so werden die jungen Lehrer auf die Kinder losgelassen und in Literaturkreise gestellt, denen sie doch etwas bedeuten sollen. Darum ist es Aufgabe der Arbeiterschaft, sich auch der jungen Lehrer anzunehmen, ihnen zu zeigen, wie das Leben aussieht in Wirklichkeit, damit sie vom Stoff auf die Erde gestellt werden und wegkommen von der tiefen metaphysischen Degeneration Wilhelms II. und seinem ebenso kranken wie komischen Verstand, wie der Herr Dr. Schneider behauptet, und vielleicht auch von ihm wegkommen.

Die belgische Forderung Gold als Pfand

Wie die Agence Rege mitteilt, hat der belgische Ministerpräsident Theunis, der seine in Brüssel anwesenden Kollegen über die Lage auf dem laufenden gehalten hatte, beschlossen, von Deutschland die Bezahlung der am 15. August und 15. September fälligen Zahlungen mit Schatzscheinen zu verlangen, die

durch ein Golddepot sichergestellt werden sollen, das in einer der belgischen Regierung genehmigten Bank hinterlegt werden soll. Heute vormittag notifizierte der Minister des Auswärtigen Jaspas dem deutschen Gesandtensträger Dr. Landberg den Beschluß der belgischen Regierung.

Da die deutsche Regierung voraussichtlich die Hinterlegung von Gold ablehnen wird, um eine weitere Entwertung der Mark zu vermeiden, so wird die Entscheidung über den Zahlungsausschub erneut bei der Reparationskommission liegen. Es besteht wenig Hoffnung, daß die Kommission, die Donnerstag oder Freitag zusammentritt, für ein Vorausschicken der Zahlungsscheine um 6 oder gar 12 Monate zu haben sein wird.

Bei den Berliner Blättern findet die belgische Forderung, die deutschen Zahlungen mit Schatzscheinen durch die Hinterlegung von Gold im Auslande zu sichern, allgemeine Ablehnung. Nach Ansicht des V. Z. sei die Reichsregierung schon deshalb nicht in der Lage, das gewünschte Golddepot zu hinterlegen, weil die Reichsbank vor kurzem auf Wunsch der Entente in ein autonomes Unternehmen umgewandelt worden sei, was zur Folge habe, daß der Reichsregierung kein Eingriffrecht in ihren Betrieb mehr zustünde.

Die unterbrochenen Verhandlungen

Der Reichskanzler Dr. Brüning gewährte mehreren ausländischen Pressevertretern eine Unterredung über den Verlauf der Verhandlungen mit Belgien, in der er u. a. folgendes sagte:

Die deutsche Regierung hätte natürlich versucht, den Beschluß der Reparationskommission über die Verzögerung dieses Jahres zu einem positiven Ergebnis zu führen. Sie trat sofort mit Vertretern der belgischen Regierung in Verhandlungen und machte Vorschläge, um die für Belgien auszufällenden Zahlungen zu garantieren. Dies war nicht leicht, da die Regierung als solche über kein eigenes Vermögen verfügt. Aber die autonome Reichsbank hat sich loyal zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, die Zahlungen zu unterzeichnen und damit zu garantieren. Sie stellte allerdings die Bedingung, daß die Laufzeit über sechs Monate hinaus verlängert werden müsse. Dies war notwendig für ein

nach kaufmännischen Gegebenheiten und kaufmännischer Ehre handelndes Bankinstitut, weil die Reichsbank die Summe von 270 Millionen Goldmark nicht innerhalb sechs Monaten einlösen konnte. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Nachteile hierüber sind den belgischen Vertretern mitgeteilt worden und auch den verbündeten Regierungen bekannt. Ferner war die deutsche Regierung bereit, mit der Industrie und den deutschen Privatbanken in Verhandlungen über eine subsidiäre Sicherheit einzutreten und auch die bereits bestehende Forderung mit dem Auslande, besonders mit England, wegen Übernahme eines Teiles der Garantien zu einem positiven Ergebnis zu führen. Die kaufmännischen Grundlagen für das Abkommen mit Belgien im Sinne des Beschlusses der Reparationskommission waren also gegeben, wenn nur nach kaufmännischen Grundsätzen gegangen worden wäre. Wäre am letzten Sonnabend ein Beschluß erzielt worden, so hätten wir davon eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen und politischen Atmosphäre zu erwarten gehabt. Die deutsche Mark hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach gebessert und wäre auf Monate hinaus stabil geworden. Deutschland hätte sich für den härteren Winter einrichten können. Mit aller Ruhe hätte man die Vorbereitungen für eine große Reparationskonferenz treffen können, von der die Ruhe Europas abhängt. Leider wird dies alles in Frage gestellt, weil die belgische Regierung an dem Schema des Beschlusses der Reparationskommission festhält, der von sechsmonatigen Zahlungen spricht. Ich kann die Entscheidung der belgischen Regierung nicht kritisieren, sondern sie nur bedauern, weil sie wieder unserm Interesse, nach dem Interesse der allgemeinen europäischen Sache dient. Ich kann nicht glauben, daß sich die Reparationskommission einer Regelung widersetzt hätte, wie sie in den Verhandlungen mit den belgischen Vertretern vorgelesen und wie sie von dieser selbst als möglich betrachtet wurde. Die Reparationskommission hat es auch jetzt noch in der Hand, die belgischen Bedenken zu beseitigen, indem sie in eine Verlängerung der Laufzeit einwilligt. Dies wäre die einfachste Lösung der Frage. Aber man darf keine Zeit verlieren. Denn in dem Augenblicke, in dem sich Deutschland befindet, bedeutet jeder Tag eine Verschlechterung der Finanzlage und damit eine Verminderung der Reparationskraft. Ich hoffe, daß die Wirkung der unentgeltlichen Verhandlungen mit Belgien auf den Stand der Mark nicht allzu stark drücken wird, und daß es gelingt, bald zu einer Klärung der Lage zu kommen. Die belgischen Vertreter haben bemerkt, daß sie das größte Interesse daran haben, eine Verschlechterung der Mark auszuhalten. Das wollen auch wir. Aber wenn dies erreicht werden soll, wenn vermieden werden soll, daß die Entwertung der deutschen Valuta irreparabel wird, so darf kein Tag verloren werden. Die deutsche Regierung ist zu jeder Regelung bereit, die sie nach gewissenhafter Prüfung vor dem deutschen Volke vertreten kann. Aber sie möchte es ablehnen, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen sie überzeugt ist, daß sie nicht geleistet werden können und daß sie auch gar nicht einer Förderung des Hauptzieles dienen können, nämlich einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage und damit einer endlichen Veruhigung Europas und der Welt.

Die bedrohten Dardanellen

In Kleinasien liegt sich die Situation bedrohlich zu. Die britische Regierung, besorgt um ihre Machtstellung in den Dardanellen, läßt von ihrem Truppenkommandeur Mustafa Verstärkungen nach Konstantinopel transportieren. Kemal wendet sich Augenmerk nach der Annahme von Smyrna dem nördlichen Gebiet von Kleinasien zu und scheidet die Front an die Dardanellen vorzubereiten zu wollen. Es ist selbstverständlich, daß England freiwillig auf Konstantinopel nicht verzichten wird. Sollte es aber um diese Stadt zu kämpfen zwischen Kemal-Pasha und den englischen Truppen kommen, so entsteht eine Lage, deren Ernst nicht gut überschätzt werden kann. Ist erst einmal die Situation so weit zugespitzt, so würde jedes Nachgeben mit den Interessen Englands nicht mehr vereinbar sein. Es ist anzunehmen, daß ein schmerzlicher Geist wie Kemal-Pasha sich über die Folgen der jenseitigen Schritte klar ist, und daß er über dem Sieg das Gefühl für das praktisch Erreichbare nicht verloren hat. Auf der andern Seite wäre es eine bedauerliche Tat, wenn die englische Regierung, die es bisher ganz entgegen ihrer sonstigen angeborenen Fähigkeit für derartige Probleme nicht verstanden hat, mit Kemal-Pasha in ein rechtliches Benehmen zu gelangen, den türkischen Wünschen mehr als bisher gerecht würde. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Sowjetregierung seit Jahren der faktische Machthaber Russlands, so die Angoraregierung die verantwortliche Vertreterin des türkischen Volkes ist. Es läßt sich ebenso wenig leugnen, daß die Forderungen Kemals, wie er sie durch seinen Vertreter selbsthin aufstellen ließ, nicht übertrieben sind. Es wäre seltsam, wenn die englische Regierung an diesen Tatsachen, die nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen sind, länderlings vorübergehen und so den Konflikt weiter vorantreiben und die Weltregierung innerhalb ihrer internationalen Verantwortlichkeiten noch verstärken wollte. Es ist deshalb zu erwarten, daß es zu direkten Verhandlungen zwischen allen Beteiligten kommt, ehe auf dem Kriegsschauplatz das Schicksal durch die Hände der nicht mehr gesonnenen wird werden können.

Eine allgemeine Friedenskonferenz

Nach einer Ovation in London hat die britische Regierung der französischen Regierung mitgeteilt, angelehnt der Schwierigkeiten, die sich im Orient entwickelt hätten, sei die Konferenz über die Regelung der Verhältnisse zwischen Griechenland und der Türkei in ihrer ursprünglichen Form gegenstandslos. Es handle sich jetzt um die viel ernstere Frage der allgemeinen Friedensregelung im Orient. Infolgedessen sei es notwendig, daß vor irgendeiner Zusammenkunft betrieblige Besprechungen zwischen den Kabinetten in London, Rom und Paris sowie der Regierung von Ankara geführt werden, um Verhandlungen über die allgemeine Regelung der orientalischen Frage zwischen Europa und der Türkei und die Abänderung des Vertrags von Sevres vorzubereiten.

Dazu meinen die Pariser Blätter: Nachdem das Schicksal Kleinasien auf dem Kriegsschauplatz entschieden worden sei, seien nur noch die drei Punkte Thrazien, die Meerengen und Konstantinopel zu regeln, und es sei kein Geheimnis, daß die Meinungen der Alliierten in diesen Fragen sehr erheblich auseinandergehen. Um irrümlichen Auffassungen entgegenzutreten (diese Warnung ist offenbar an die Adresse von Ankara gerichtet), müsse jedoch festgestellt werden, daß auch die französische Regierung an dem Prinzip der Freiheit der Meerengen festhalte, und daß es also lediglich einer Verständigung über die Modalitäten ihrer Durchführung bedürfe.

Nach englischen Meldungen ist Lloyd George nach wie vor gegen den Gedanken, Thrazien und Adrianopel den Türken zu übergeben, und er ist bereit, energische Maßnahmen für den Fall anzunehmen, daß die Türken versuchen sollten, sich mit den englischen Truppen in Konstantinopel einzulassen. Es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, daß er auf der Konferenz bereit wäre, den Türken einen Teil von Thrazien zu überlassen.

Das Kriegsziel der Türken

Wie Daily Express aus Konstantinopel meldet, haben die Türken in der Gegend der Meerengen Karassi und Salici belagert. Die türkische Presse fordert den Entschluß, die Besatzung nicht freizulassen, und